

# Ist die Antifa eine verbeamtete staatliche RAF?



Nichts scheint heute so tot zu sein wie die RAF. Tatsächlich hat es der blühende Linksradikalismus im Westen, der bei der Eröffnung der EZB-Zentrale in Frankfurt, bei jedem G-20-Gipfel oder alljährlich am 1. Mai in Berlin brutal zuschlägt, zu höchster Etablierung im Staat gebracht, nicht zuletzt dank der Unterstützung durch nicht wenige Abgeordnete einiger politischer Parteien, durch Journalisten und einschlägige Experten.

Der militanten Antifa fehlen im Vergleich zur RAF nur die prominenten Gesichter. Sie pflegt aus Feigheit die Praxis, ihre Gesichter zu ver mummen und ihre Namen geheim zu halten. Was sich oft Antifa nennt, droht ununterbrochen mit Gewalt und Anschlägen etwa gegen Politiker oder Polizisten, sie steht für sinnlose Sachbeschädigungen in enormer Höhe.

Gleichwohl monierte die ehemalige Bundesministerin Renate Künast (Grüne) jüngst im Bundestag, dass die Antifa in den letzten Jahrzehnten nicht ausreichend vom Staat finanziert worden sei. Sie sei es leid, seit Jahrzehnten dafür zu kämpfen, «dass NGO und Antifa-Gruppen, die sich engagieren, nicht immer um ihr Geld ringen müssen und nur auf ein Jahr befristete Arbeitsverträge abschliessen können». Dafür gab es Beifall von Bündnis 90/Die Grünen, von der Linken und von Abgeordneten der SPD.

Man darf die Frage stellen, ob die Antifa so etwas ist wie

eine verbeamtete RAF, eine Terrorgruppe mit Geld vom Staat unter dem Deckmantel «Kampf gegen rechts». (*Bettina Röhl, eine der besten Kennerinnen des roten Terrors, stellt diese Frage in der NZZ!*)